

52. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick

Am 23.06.11 kamen die Bezirksverordneten im Rathaus Treptow zu ihrer 52. und damit vorletzten Sitzung in dieser Wahlperiode zusammen.

Über die Konsensliste wurde die Vorlage des Bezirksamtes zur Umbenennung des zwischen Boviststraße und dem Verbindungsweg an der Autobahn 117 gelegenen Straßenabschnitts der Schirmplizstraße im Ortsteil Bohndorf in „Boviststraße“ beschlossen.

Eine gemeinsame Empfehlung an das Bezirksamt (SPD, die Linke, CDU, B'90/Grüne und FDP) wurde direkt beschlossen: Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass bis zur Eröffnung des Flughafens „BBI“ für jeden von Fluglärm Betroffenen alle nötigen passiven Lärmschutzmaßnahmen vollzogen und finanziert sind. Bei der Bewilligung von Lärmschutzmaßnahmen ist die Beeinträchtigung für die Betroffenen lebenswirklich zu erfassen. Die Betroffenheit ist abhängig von den Flugrouten. Daher müssen die Schutzgebiete nach der Entscheidung über die Flugrouten angepasst werden. Dem Bezirksamt wird ferner empfohlen, bei den zuständigen Stellen deutlich zu machen, dass der Schutz der von Fluglärm betroffenen Bevölkerung Vorrang vor konkurrierenden Erwägungen haben muss und die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen sind.

Über die Konsensliste in den Ausschuss für Kultur, Wirtschaftsför-

derung und Tourismus überwiesen wurde ein Antrag der B'90/Grünen (Beitritt: SPD und CDU), in dem das Bezirksamt ersucht wird, das von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossene Radwegekonzept Treptow-Köpenick 2010 in geeigneter Form auf der bezirklichen Homepage und auch gedruckt als Leporello oder Broschüre zu veröffentlichen.

Es wurden vom Bezirksamt die Vorlagen zur Beschlussfassung zur Übertragung von kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen (JFE) an freie Träger vorgestellt. Unsere Region betreffend wurden die JFE „Fairness“ Altglienicke an den Träger FiPP e.V. und die JFE „Walter Kroh“ Bohndorf an den CJD e.V. übertragen. Allen Übertragungen wurde mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen und Enthaltung der Links-Fraktion zugestimmt.

Der Antrag der FDP (Beitritt: CDU), der dem Bezirksamt empfiehlt, sich gegenüber Senat und Abgeordnetenhaus dafür einzusetzen, dass das Straßenausbaubeitragsgesetz schnellstmöglich abgeschafft wird, wurde mehrheitlich angenommen. Ebenso der Antrag von der Linken, CDU und B'90/Grünen auf Entscheidung der Bezirksaufsicht hinsichtlich der Beanstandung des BVV-Beschlusses 1100/51/11 zur „Aufhebung des Bezirksamtsbeschlusses 339/2009 über die Neuregelung von Raumüberlassung an Dritte“.

Die Vorlage zur Kenntnisnahme über die Eckwerte für Ausgaben (ohne Investitionen) sowie für

Einnahmen zur Aufstellung des Bezirkshaushaltsplanes 2012/13, die vom Bezirksamt eingebracht wurde, wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zur Kenntnis genommen.

Einstimmig wurde das Ersuchen (SPD, die Linke, CDU, B'90/Grüne und FDP) an das Bezirksamt angenommen, jeweils nach den Entscheidungen der Deutschen Flugsicherung und des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung über grundsätzliche An- und Abflugrouten die Öffentlichkeit des Bezirkes darüber zu informieren und darzulegen, was die einzelnen Entscheidungen für von Lärm betroffene Ortsteile in Treptow-Köpenick bedeuten. Wobei im Mittelpunkt Informationsveranstaltungen stehen sollten.

Die große Anfrage der SPD zum Thema „Wahl der Seniorenvertretung im Herbst 2011“ konnte nicht mehr beantwortet werden, da das zeitliche Ende der Sitzung, 22 Uhr, erreicht war; sie wird schriftlich vom Bezirksamt beantwortet.

Wolfgang Knack

Heizöl

Effenberger

Grünbergallee 270
12526 Berlin
Fon: 030 / 676 74 51
Fax: 030 / 676 59 96
www.heizoel-effenberger.de

Mietsteigerung und Verdrängung müssen gestoppt werden

Seit 2009 sind die Mieten, die nach dem Mietspiegel berechnet werden, um 4 Prozent jährlich gestiegen. Noch heftiger trifft es die Mieter von Sozialwohnungen, bei denen die Förderung ausläuft. Dann kann können die Mieter mit der Kostenmiete von bis zu 19 Euro pro Quadratmeter zur Kasse gebeten werden. Das Beispiel des Kreuzberger Fanny-Hensel-Kiezes zeigt, wie skrupellos und brutal hier Eigentümer auf Verdrängung setzen, um Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln zu können. Die einen kaufen ihren Kindern Dachgeschosswohnungen in den angesagten Szenebezirken. Die anderen können sich mit ihren Kindern dort keine Wohnung mehr leisten. Was für die einen Life-Style ist, bedeutet für die anderen Vertreibung.

Die SPD hat nun gesprochen, den Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsgesellschaften um 30.000 zu erhöhen. CDU und Grüne haben vor den Wahlen erwartungsgemäß vergessen, dass sie in den letzten 10 Jahren ständig die Privatisierung der städtischen Wohnungsbestände und Gesellschaften gefordert haben.

Die Ankündigung der SPD, ein paar zehntausend Wohnungen neu zu bauen oder zu kaufen,

macht sich vor Wahlen sicher gut. Das kann jedoch keine Ausrede dafür sein, die landesgesetzlichen Spielräume gegen Mietsteigerung, Verdrängung, Zweckentfremdung nicht voll auszuschöpfen. Deswegen war auch die Kritik der Linksfraktion und der Mieterverbände an dem neuen Wohnraumgesetzentwurf, das Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) jetzt vorgelegt hat, höchst berechtigt. Es enthält zwar eine Reihe von kleineren Verbesserungen, etwa beim Kündigungsschutz für die Mieter der 168.000 Wohnungen im geförderten sozialen Wohnungsbau. Angesichts der Dynamik von Mietsteigerungen und Verdrängung, reicht dieser Gesetzentwurf nicht aus.

Wir brauchen endlich ein Mietrecht, das primär ein Schutz- und Abwehrrecht gegen Verdrängung ist. Um es klar auszusprechen, der soziale Rechtsstaat muss hier den Missbrauch der Eigentumsrechte durch bestimmte Immobilienbesitzer strikt unterbinden. Die Vorschläge der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus richtig: zehnjähriger Kündigungsschutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, neue Belegungs- und Mietpreisbindungen, Erlass von Milieuschutzsat-

zungen, um Luxusmodernisierungen zu unterbinden. Und natürlich brauchen wir auch auf Bundesebene ein neues Mietrecht, denn nur so können die Spielräume für allgemeine Mieterhöhungen eingeschränkt werden. Dabei geht es und vor allem die Absenkung der Kappungsgrenzen von 20 auf 15 Prozent und die Abschaffung der Modernisierungumlage. In einem ersten Schritt soll die Umlagehöhe von elf auf neun Prozent reduziert werden.

Und selbstverständlich müssen die städtischen Wohnungsgesellschaften in die Lage versetzt werden, durch Zukäufe und Wohnungsneubau ihre Bestände zu erweitern.

Zu einer sozialen Mietpolitik gehört weiterhin dass Menschen, die auf Transferzahlungen (Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, vor Zwangsumzügen geschützt werden. Deswegen wollen wir in einem Landesgesetz die bisher geltenden Sonder- und Härtefallregelungen neu absichern. Darüber hinaus wollen wir einen Neuvermietungszuschlag einführen. Der soll garantieren, dass Empfänger von Transfergeldern in der ganzen Stadt Wohnungen anmieten können.

Dr. Gregor Gysi (MdB)

Wieder da!

Das Hauptstadtrad

für Damen, Herren & Kinder mit 3-/7-Gang Nabenschaltung mit Rücktritt und Nabendynamo

ab 199,99 €



ADLERSHOFER FAHRRADWELT

Dörpfeldstraße 73
12489 Berlin
Tel.: 6 77 57 88

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 10-19 Uhr
Sa 10-14 Uhr

www.fahrradwelt-berlin.de

Politische Dampferfahrt mit Klaus Wowereit

Die 6 Wahlkreisabgeordneten der SPD Treptow-Köpenick laden ein zur traditionellen POLITISCHEN DAMPFERFAHRT mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit **am Dienstag, dem 02.08.2011** Abfahrt: 18 Uhr, Ankunft: 21 Uhr Anlegestelle am Mecklenburger Dorf Köpenick, Platz des 23. April,

(Bahnhofstr./ Ecke Lindenstr.) in Berlin-Köpenick Kommen Sie mit an Bord der „Spree“! Getränke und Verpflegung sind selbst zu zahlen. Teilnahme nur nach vorheriger Anmeldung unter Tel.: 65 49 62 04 oder kreis.treptow-koepenick@spd.de. **SPD Treptow-Köpenick**

Wahlprogramm für Treptow-Köpenick

Am 15. Juni wurde das Wahlprogramm der CDU Treptow-Köpenick auf einer Mitgliederversammlung in der Bohndorfer Kulturküche diskutiert und verabschiedet.

Es ist ein Programm für Treptow-Köpenick entstanden, das unsere Schwerpunkte für die Entwicklung in den nächsten fünf Jahren aufzeigt. Es ist für uns die Richtschnur, an der wir in den nächsten Jahren unsere Politik in Treptow-Köpenick ausrichten werden. Getragen wird diese Politik von unserem christlichen Menschenbild und unserem Verständnis einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihre Beteiligung an der politischen Gestaltung sind uns dabei sehr wichtig.

Der Staat kann nicht alles leisten

und muss sich nicht an allen Bereichen des Lebens beteiligen. Darum setzen wir auf die Eigeninitiative und die Kreativität von Bürgern, Vereinen oder Unternehmen. Unterstützen wollen wir dies, indem wir in der Kommunalpolitik geeignete Rahmenbedingungen für die Entwicklung unseres Bezirkes schaffen.

„Unsere Politik wird auch weiterhin auf den Erhalt und die Förderung unserer Grundwerte Freiheit, Nachhaltigkeit, Fleiß, Ordnung, Sauberkeit, Sicherheit, Verlässlichkeit, Gemeinsinn und Gerechtigkeit bauen“, so unsere Spitzenkandidatin Katrin Vogel.

Das vollständige Programm finden Sie auf unserer Internetseite www.cdu-tk.de.

Wolfgang Knack, Bezirksverordneter der CDU

- Beratung, Planung, Ausführung
- Neuanlagen, Reparatur, Service
- E-Check
- Sprech- und Rufanlagen
- Alarmanlagen
- Rauchwarnanlagen
- Heizung



Buntzelstr. 133 · 12526 Berlin-Bohndorf
Tel.: 030/676 36 72 · Fax: 030/67 68 92 73 · Funk: 0171-4 10 65 67
www.kral-elektrotechnik.de · e-mail: info@kral-elektrotechnik.de

Ceres Communication & Computer

Dipl.-Ing. Hans-Friedger Lachmann
12529 Schönefeld Gartenstraße 42

- ◆ Computer ◆ Software ◆ Satellitentechnik ◆ Antennen
 - ◆ Büromöbel ◆ Telefonanlagen ◆ ISDN ◆ Funktelefone
 - ◆ Kopiertechnik ◆ Home Cinema ◆ Hi-Fi Komponenten
- BZT Zulassung
Internet: <http://www.ceres-computer.de>
e-mail: info@ceres-computer.de

ISDN (030) 633 06 100 (030) 633 06 101 0178 349 13 49